

# Echte Demokratie jetzt!?

von Ulrich Irion

**M**ichael Hardt und Antonio Negri haben 2012 ihre Streitschrift „Demokratie!“ vorgelegt. Sie resümiert die jüngsten Protestbewegungen – von der Arabellion bis zu den Empörten in den USA, in Europa oder Israel. Als Wendepunkt, als „entscheidenden Schritt“ konstatieren die Autoren den Übergang zur Forderung „democracia real ya“, echte Demokratie jetzt (Hardt/Negri 2013: 8f). Diese Einschätzung kontrastiert mit neueren Diagnosen, die die Demokratie-Enttäuschung zum Thema machen (vgl. „Bundestagswahl 2013 – Demokratie zum Abgewöhnen?“ im Auswege-Magazin vom 5. September 2013 oder Decker u.a. 2013). Zum Wechselspiel von Hoffnung und Enttäuschung, von emanzipatorischem Potenzial und restaurativer Realität seien hier einige Punkte, auch im Blick auf aktuelle Diskussionsbeiträge, angemerkt.

## Politik und Ökonomie

„Zum Thema Demokratie sind mittlerweile mehr als 10.000 Bücher erschienen. Die Zahl der Artikel geht in die Hunderttausende. Fast jeder bekennt sich verbal zur Demokratie, auch die finsterste Reaktion,“ schreibt Ekkehard Lieberam in seinen Thesen zur „Krise und Manövrierfähigkeit der parlamentarischen Demokratie“ (Lieberam 2012a: 1). Doch so unübersichtlich, wie es scheint, ist die Lage nicht. Gerade die jüngste deutsche Diskussion mit Wortmeldungen von Elmar Altvater, Jürgen Habermas oder Wolfgang Streeck (vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik 2013) hat die Aufmerksamkeit auf das politisch-ökonomische Verhältnis, auf die Gegensätzlichkeit oder Vereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus, gerichtet. Damit ist wieder eine Grundsatzfrage in den Mittelpunkt gerückt, die in früheren Zeiten den politischen Diskurs bestimmte, dann aber in den Hintergrund geriet. Mit der allseits registrierten „Erfolgsgeschichte“, mit dem „Demokratiewunder“ (Joachim Gauck) der Bundesrepublik Deutschland verschwand diese Frage tendenziell aus dem Blickfeld. In der erfolgreichen deutschen Marktwirtschaft der Nachkriegszeit wurden allgemein „freedom & democracy“ als selbstverständliches Gespann gesehen.

Das hat sich spätestens seit den Krisenerscheinungen der Jahre 2007ff geändert. Die heutige Diskussion fragt nach dem sozioökonomischen Gehalt der Demokratie und ihrem Status in den aktuellen ökonomischen Entwicklungen; ihre Stabilität oder ihr eingerichtetes Regelsystem werden nicht mehr als über alle Kritik erhaben betrachtet. So machen Hardt/Negri in den Protestbewegungen als Haupttrend aus, dass der

Vorstoß der Massen, der „Multitude“, darauf zielt, „das Modell der repräsentativen Demokratie zu überwinden“ und die „eigenen Fähigkeiten zu demokratischem Handeln zu behaupten“ (Hardt/Negri 2013: 14). Das klingt nach den bekannten Forderungen, die bestehende politische Ordnung durch partizipatorische Elemente zu erweitern und sich an der Perspektive einer direkten Demokratie zu orientieren. Doch es geht den Autoren um mehr. Beim heutigen Protest liege die soziale Frage zu Grunde, Hardt/Negri sehen darin das Neue.

Mit dieser sozialen Motivation werde die Richtung für einen neu ins Auge zu fassenden "Verfassungsprozess" angegeben. Die beiden Theoretiker der modernen Protestbewegungen halten als entscheidendes Merkmal fest, dass die Forderung nach "Gemeineigentum" in den Vordergrund rückt. Damit wird für sie deutlich, dass es sich nicht nur um erweiterte staatsbürgerliche Ansprüche zur Mitwirkung am etablierten System handelt, sondern um grundsätzlich zu verändernde soziale Beziehungen. In der Parole des "Occupy", der Inbesitznahme des öffentlichen Raumes als Gemeingut, haben die Bewegungen schließlich ihren gemeinsamen Nenner gefunden. Sie haben sich zudem meist gegen die Beteiligung an Parlamentswahlen ausgesprochen oder die Mitwirkung von Parteipolitikern an ihrem Protest ausgeschlossen.

... es geht um grundsätzlich  
zu verändernde soziale  
Beziehungen

Interessant ist, dass solche Ansprüche und Beschwerden in Sachen Demokratie mittlerweile Kreise ziehen und sich über das Protestmilieu hinaus verbreiten. Sie dringen auch da ein, wo bislang eher über die Alternative von repräsentativer und erweiterter Demokratie diskutiert oder die Alternativlosigkeit des bestehenden parlamentarischen Modells verteidigt wurde. Ein renommierter konservativer Politologe wie Peter Graf Kielmansegg kommt z.B. nicht umhin, auch zu diesen für ihn eher ungewohnten Fragen Stellung zu nehmen. „Demokratie ist auf Marktwirtschaft angewiesen, Marktwirtschaft aber nicht auf Demokratie“, schreibt er in seinen Versuchen über den demokratischen Verfassungsstaat, die Thesen aus den letzten Jahren rekapitulieren (Kielmansegg 2013: 183). Im demokratischen Ordnungsmodell sieht Kielmansegg „die erfolgreichste Institutionalisierung politischer Freiheit“ (ebd.: 39), die im epochalen Jahr 1989 ihre prinzipielle Überlegenheit über alle anderen Regime bewiesen habe. Nun gerät auch hier die Tatsache ins Visier, dass es ein Spannungsverhältnis gibt oder dass die ökonomischen Voraussetzungen nicht garantiert sind, sondern zunehmend zweifelhaft werden.

Andere Konservative wie Siegfried Schiele, der ehemalige Leiter der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg und Initiator des „Beutelsbacher Konsenses“, singen ein Loblied auf den Sozialstaat und dessen Leistung zum Ausgleich sozialer Unterschiede (Schiele 2013: 46ff), während sich die Politik seit der Agenda 2010 gerade offensiv dazu bekennt, dass im Globalisierungszeitalter die überkommene sozialstaatliche Absicherung Historie ist. Sebastian Liebold hat einen Essay zum „Erfolgsrezept der Demokratie“ beigesteuert, der Kielmanseggs Position unbedingt zustimmt, zugleich aber zugesteht, dass dessen Behandlung der ökonomischen Probleme zu wünschen übrig lässt. Liebold bemängelt beim Lob der politischen Freiheit eine gewisse Vernachlässigung der Fragen, die das soziale Miteinander betreffen. Es wäre fatal, so sein Schluss, wenn die Fragen nach dem Wir "nur von Gesellschaftsentwürfen gestellt werden, wie sie etwa Sahra Wagenknecht in 'Freiheit statt Kapitalismus' (2011) vorgetragen hat" (Liebold 2013: 461). Demokratietheorie – die Relevanz für die politische Bildung hat – müsste sich verstärkt solchen Themen zuwenden, so das Plädoyer des Autors.

An derartigen Statements wird deutlich, wie sehr in der fachlichen Debatte die angesprochene Frage nach dem sozialen Gehalt der demokratischen Ordnung und der Vereinbarkeit

**Die Frage nach dem sozialen Gehalt der demokratischen Ordnung und der Vereinbarkeit mit der Herrschaft der Marktgesetze wurde an den Rand gedrängt**

mit der Herrschaft der Marktgesetze an den Rand gedrängt worden ist. Schlagend bringt Liebold das zum Ausdruck mit seinem Einstieg in den ökonomischen Themenkomplex, wenn er schreibt: „Kaum alte Regeln kann zu Rate ziehen, wer sich im Jahr 2013 über das Verhältnis von Demokratie und Marktwirtschaft Gedanken macht.“ (Ebd.) Dabei ist es genau umgekehrt, es gibt eine lange Tradition kritischen Nachdenkens über die Demokratie, in der eine solche Themenstellung die Regel war. Dies war bei der Arbeiterbewegung und den von Marx und Engels inspirierten Theorien der Fall.

**Die „denkbar beste Hülle des Kapitalismus“?**

Die marxistisch orientierte Richtung der Sozialwissenschaften kann sich durch den neuen Diskussionsbedarf bestätigt sehen. Sie hat stets den sozialen Inhalt der staatlichen Ordnung, speziell das Klassenverhältnis und seine Rolle im 'politischen Überbau', zum Thema gemacht – mit unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Wolfgang Abendroth hat hier Mitte des 20. Jahrhunderts eine markante Position bezogen. De-

mokratie bedeute tendenzielle Identität von Regierenden und Regierten, daraus folge: „Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird.“ (Abendroth zit. nach Salomon 2012: 16) Nun könnte man erwarten, dass die Idee einer demokratischen Überwindung des ökonomischen Klassenverhältnisses – gut ein halbes Jahrhundert später und aus dem Blickwinkel der Nachgeborenen – durch die faktische Entwicklung desavouiert sei. Das ist aber keineswegs der Fall.



© Foto: IESM/www.pixelio.de

Der Sozialwissenschaftler Lieberam hält z.B. an einem solchen Postulat entschieden fest. „Der Kampf um Demokratie ist Bestandteil der Strategie einer Veränderung der Klassenmachtverhältnisse. Die entscheidende Aufgabe in diesem 'Stellungskrieg' um 'Hegemonie' ist die Revitalisierung der arbeitenden Klasse als politisch mobilisierte Klasse, die selbst 'die politische Bühne' betritt.“ (Lieberam 2013a: 14, vgl. auch Lieberam 2013b) Dies soll aktuell gelten, auch wenn der Autor im Entwicklungsgang der politischen Realität des demokratischen Staates die gegenteilige Wirkung sieht, dass sie nämlich das Klassenmachtverhältnis des Kapitals befestigt – eine Leistung, die von vielen neueren Analysen zur Dominanz des Neoliberalismus bestätigt wird. Eine ähnliche Einschätzung wie Lieberam hat etwa Frank Deppe jüngst mit seiner umfangreichen Studie „Autoritärer Kapitalismus“ (2013) vorgelegt. Aktuell drückt

sich dieser breite theoretische Konsens im Befund der „Postdemokratie“ aus. Sein Fazit lautet:

## Das emanzipatorische Potenzial soll aktiviert werden

Das emanzipatorische Potenzial ist durch eine Transformation der Demokratie verloren gegangen, soll aber gleichzeitig seine Berechtigung behalten und endlich aktiviert werden.

Die faktische Entwicklung ist also nicht nur hinter dem proklamierten strategischen Ziel zurückgeblieben, sondern hat im Gegenteil – mit den Worten von „Occupy“ – die Einbindung der 99 % für die Interessen des 1 % der finanzkapitalistischen Oligarchie realisiert. Das unverdrossene Setzen auf eine emanzipatorische Wirkung der Demokratie, die bislang nicht eingetreten ist, lässt sich dadurch nicht irritieren. Der Schlüssel dafür liegt in einem dialektischen Gedanken, der ebenfalls Tradition hat und aus sozialistischem Blickwinkel als Strategieproblem, als Reaktion auf ein Kräfteverhältnis, formuliert wird. Lieberam: „Die parlamentarische Demokratie bzw. die demokratische Republik war nicht nur die 'denkbar beste Hülle des Kapitalismus', nachdem das Kapital von dieser Hülle 'Besitz ergriffen hat' (Lenin, Werke Bd. 25, S. 405) im Sinne einer Tarnung einer Minderheitenherrschaft als Mehrheitsherrschaft. Sie stellte ebenfalls ihre Funktion als ein flexibler Mechanismus zur Regulierung der Klassenbeziehungen, zur Befriedung politischer Konflikte unter der Hegemonie des Kapitals und zur Umwandlung von Widerstand in Zustimmung unter Beweis“ (Lieberam 2013a: 4). In der Tradition Lenins wird das perfekte Zusammenspiel von Demokratie und Kapitalismus einerseits konstatiert, andererseits wird es als eine Pervertierung oder Instrumentalisierung des demokratischen Prinzips aufgefasst. Die Volksherrschaft werde in den Dienst an einer Minderheit gestellt, sie habe aber eigentlich einen anderen Auftrag. Gehe man auf den Verfassungsanspruch zurück, so zeige sich, dass die Verfassungsrealität ihm nicht gerecht werde; sie entferne sich vielmehr immer weiter von ihm, entwickle sich eben „postdemokratisch“.

An diesem Punkt setzt jetzt eine neue Studie von Albert Krölls an. Sie stellt die Essentials der demokratischen Ordnung, Rechtsstaat und Menschenrechte, auf den Prüfstand und fragt danach, was sie politökonomisch bedeuten. Sie macht also nicht von vornherein einen Gegensatz auf, in dem auf der einen Seite ein Demokratieideal steht (Identität von Regierenden und Regierten, Überwindung sozialer Gegensätze...) und auf der anderen Seite eine – daran gemessen – zurückbleibende Realität. Krölls überprüft die Prinzipien der staatlichen Ordnung, die Geltung haben, und analysiert sie als hoheitliche Akte, die einen gesellschaftlichen Zusammenhang stiften. Als dessen Fundament arbeitet er die Privateigentumsordnung heraus. Er identifiziert dies als die Staatsräson der demokratischen Ordnung, die grundgesetz-

lich in Auftrag gegeben sei. Dabei resümiert er die Argumentation aus einer älteren Studie, die dem ökonomischen Gehalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gewidmet war (Krölls 2009). Die neue Veröffentlichung fokussiert dagegen auf den Rechtsstaat, der ja als die große zivilisatorische Errungenschaft der Neuzeit gilt. Er habe die Menschheit von Willkür- und Gewaltherrschaft befreit, heißt es seit Beginn der bürgerlichen Ära; mit der Herrschaft des Rechts sei die staatliche Gewaltausübung der Indienstnahme für partikulare gesellschaftliche Interessen entzogen und auf den Dienst am Gemeinwohl verpflichtet.

Die aktuelle Studie von Krölls läuft auf einen gegenteiligen Befund hinaus. Ihr Ergebnis könnte man in folgendem Statement zusammenfassen: „Die unpersönliche Herrschaft des allgemeinen Gesetzes, der Rechtsstaat mit seiner Gewaltenteilung, einer Rechtsweggarantie samt Instanzenwegen und Verfahrensregelungen stellt die adäquate politische Herrschaftsform einer kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft dar, deren Gewährleistung sich der bürgerliche Rechtsstaat in seiner Verfassung mittels der Prinzipien von Eigentum und Freiheit, Sozialstaat und Steuerstaatlichkeit und der Staatsform der Demokratie verschrieben hat.“ (Krölls 2013: 17) Damit wird entschieden gegen die Auffassung Position bezogen, die mit der Occupy-Bewegung wieder Auftrieb erhalten hat: dass sich nämlich die demokratische Ordnung von der Orientierung an den Volksinteressen entfernt und den Direktiven des großen Geldes, des einen Prozents der Bevölkerung, unterworfen habe.

So setzt sich Krölls einerseits in einen Gegensatz zur traditionellen Staatstheorie des Sozialismus, zur These vom Klassenstaat, in dem bestimmte Interessen hegemonial geworden seien. Andererseits bestätigt seine Analyse aber den Befund der staatlichen Inkraftsetzung (und



©Foto: GesD/www.pixelio.de

Betreuung) einer Klassengesellschaft, in der das Kapitalverhältnis die bestimmende Größe darstellt. Dieses Resultat ergibt sich für Krölls aus der Garantie des Eigentums; der Staat „etabliert eine Eigentümer-Gesellschaft, in der das Geldverdienen

das allgemeine Bedürfnis ... bildet.“ (Ebd.: 21f) Das Geld wiederum sei kein zur Verfügung gestelltes, neutral-sachliches Mittel zur Erleichterung des ökonomischen Lebens, sondern „die vom Staat gestiftete, als Gegenstand vorliegende und handhabbare private Macht, die generelle, nur quantitativ beschränkte Verfügungsmacht über von anderen produzierte Güter oder zu erbringende Dienstleistungen.“ (Ebd.: 21) Die Etablierung einer Geldwirtschaft, die die einzelnen Gesellschaftsmitglieder in die Konkurrenz um die Reichweite ihrer Privatmacht entlässt, sei die entscheidende staatliche Tat. Daraus ergebe sich die Scheidung in Klassen – als Konsequenz der unterschiedlichen Verfügung über die staatlich verordnete, im Geld dinglich existierende Zugriffsmacht auf den gesellschaftlichen Reichtum und durch die daraus folgende gegensätzliche Funktionszuweisung beim Zusammenwirken der Individuen in der Konkurrenzgesellschaft.

Insofern hat Krölls mit der verbreiteten These von der Postdemokratie nichts gemein. Seine Gegenthese: Es findet keine Aushöhlung der Demokratie statt, indem etwa die Marktmacht zunehmend an Bedeutung gewinnt, das Ruder ergreift und die Politik zum Erfüllungsgehilfen der marktwirtschaftlichen Sachzwänge degradiert. Seine Analyse legt gerade Wert darauf, dass in der (heutigen) Demokratie das Recht herrscht. Krölls geht minutiös diese sachlich-unpersönliche Herrschaftsform mit ihren Prinzipien der Verhältnismäßigkeit, des Willkürverbotes, des Vertrauensschutzes und des Rückwirkungsverbotes durch. Er thematisiert die prinzipielle Bindung der staatlichen Gewaltausübung an Recht und Gesetz samt der Überprüfungsmöglichkeit durch Verwaltungs- und Verfassungsgerichte, die Trennung von Amt und Person sowie die Leistungen der Gewaltenteilung. Und erst im Kontext dieser Analyse kommt er übrigens auf den Staatsnotstand zu sprechen, in dem die Politik das eingerichtete Normalverhältnis suspendiert – um es anschließend wiederherzustellen.

**In der Demokratie beherrscht  
die Rechtsordnung das  
gesellschaftliche Leben und  
nicht das Big Business**

Krölls' Analyse besteht also darauf, dass in der Demokratie die Rechtsordnung das gesellschaftliche Leben beherrscht und nicht das Big Business. Es liege keine Deformation der Demokratie durch die Einflussnahme übermächtiger Interessen vor. Folglich nimmt Krölls eine Gegenposition zum vorherrschenden linken Diskurs der Kritik am Neoliberalismus ein. Er teilt auch nicht die Einschätzung, dass die Krisenbewältigung – in Europa oder weltweit – einen Trend zum antidemokratischen Umbau des Staates, zur schleichenden Einführung des Ausnahmezustands befördere, etwa nach

dem Motto „Demokratie ist von Natur aus nicht effizient“ (Evgeny Morozow, FAZ 12.10.13). Solche Diagnosen zielen ja auf eine tendenzielle Abdankung des demokratischen Staates, der sich einem fremden Diktat zu unterwerfen habe. So schreibt z.B. Harald Welzer: „Die Kolonisierung des Denkens durch den Neoliberalismus hat das Ökonomische mental in die erste Reihe gerückt und alles andere für weniger wichtig erklärt.“ (Welzer 2013: 251, Hervorh. i.O.) Krölls' Studie weist in eine andere Richtung: Die Herrschaft des Rechts ist gerade der effiziente Modus der Politik, sich als Hüter und Herr der Konkurrenzordnung zu betätigen und damit sowohl die sachlichen Belange der Geldwirtschaft zu regeln als auch die Massen mit ihren permanenten Enttäuschungen und Beschwerden mental mitzunehmen.


### **Hoffnung auf die 99 Prozent**

Hardt/Negri nehmen zu solchen Kontroversen im Grunde einen übergeordneten Standpunkt ein. Sie wollen einen Verfassungsprozess anstoßen, dessen Grundlage sich in den Protestbewegungen der letzten Jahre herausgebildet habe (Hardt/Negri 2013: 57ff). "Wir sind überzeugt, dass nur ein Verfassungsprozess, der auf dem Gemeinsamen basiert, eine echte Alternative bietet und wir halten folgende Wahrheiten für selbstverständlich: dass alle Menschen gleich sind, dass sie im politischen Kampf gewisse unveräußerliche Rechte errungen haben, dass dazu nicht nur Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören, sondern auch der freie Zugang zu Gemeinschaftsgütern, die gerechte Verteilung des Reichtums und die Nachhaltigkeit des Gemeinsamen." (Ebd.: 59) Das schließe Transparenz und aktive Teilnahme der Regierten sowie ein imperatives Mandat ein. Irritierend ist allerdings, dass Hardt/Negri dazu auf die Tradition bürgerlicher Demokratie zurückgreifen, nämlich auf die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Jahr 1776, die teils wortwörtlich aufgegriffen wird (ebd.: 59f). Der neue Verfassungsprozess ist also im Grunde der alte...

Die beiden Autoren hatten mit ihrem "Empire" zu Beginn des neuen Jahrhunderts eine Kampfschrift zur Globalisierung vorgelegt. Sie wurde von Slavoj Žižek als Versuch eines kommunistischen Manifests des 21. Jahrhunderts gewertet. In ihrer neuen Veröffentlichung wehren sich die Autoren gegen die Erwartung, dass sie den verschuldeten, vernetzten, verwahrten und vertretenen Massen – mit diesen vier Kategorien beschreiben sie die gegenwärtige soziale Misere – ein Manifest zur Verfügung stellen. Manifeste würden in der Tradition prophetischer Literatur Idealwelten und Geistersubjekte beschwören, Theoretiker würden dabei zu Vordenkern der Massen. "Die sozialen Bewegungen der Gegenwart haben diese Reihenfolge umgedreht und Propheten und Manifeste überflüssig gemacht. Sie sind bereits auf den Straßen, besetzen Plätze und stürzen nicht nur Herrscher, sondern entwerfen neue Zukunftsvi-



sionen. Mehr noch, mit ihren Gedanken und Taten, ihren Parolen und Sehnsüchten formulieren sie neue Grundsätze und Wahrheiten." (Ebd.: 7)

Das Dementi ist verräterisch. Es beschwört eine Selbsttätigkeit der Massen – die mittlerweile, einige Jahre nach dem Aufflammen der Proteste und angesichts ihres Niedergangs, allseits realistischer gesehen wird. Für Hardt/Negri soll die festgestellte Aktivierung im Grunde den weiteren Prozess vorzeichnen. Doch auch sie sehen in ihrem Optimismus die Notwendigkeit, eine theoretische Klärung vorzunehmen. Auch sie sagen zugleich, dass die Multitude lernen müsse, "den Schritt von der Verkündung zur Begründung einer neuen Gesellschaft zu gehen" (ebd.). Man wird also nicht um die Auseinandersetzung über die jetzt wieder aufgeworfenen Grundsatzenfragen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie herumkommen. 

## Literatur

- Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.) (2013): Demokratie oder Kapitalismus? Europa in der Krise. Berlin: Blätter Verlagsges.
- Decker, F./Lewandowsky, M./Solar, M. (2013): Jenseits der Parteiendemokratie? Herausforderungen der politischen Partizipation. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, Nr. 3, S. 385-400.
- Deppe, F. (2013): Autoritärer Kapitalismus – Demokratie auf dem Prüfstand. Hamburg: VSA.
- Hardt, M./Negri, A. (2002): Empire – Die neue Weltordnung. Frankfurt am Main: Campus (Erstausgabe 2000).
- Hardt, M./Negri, A. (2013): Demokratie! Wofür wir kämpfen. (Originaltitel: Declaration, 2012) Frankfurt/M. und New York: Campus.
- Kielmansegg, P. G. (2013): Die Grammatik der Freiheit – Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat. Baden-Baden: Nomos.
- Krölls, A. (2013): Kapitalismus, Rechtsstaat, Menschenrechte. Hamburg: VSA.
- Krölls, A. (2009): Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern? Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus. Hamburg: VSA.
- Lieberam, E. (2012a): Krise und Manövrierfähigkeit der parlamentarischen Demokratie – Sieben Thesen. Im Netz: [www.marx-engels-gesellschaft.de/sozkonf.htm](http://www.marx-engels-gesellschaft.de/sozkonf.htm). (Dokumentation der Sozialismuskonferenz 2012)
- Lieberam, E. (2012b): Krise und Manövrierfähigkeit der parlamentarischen Demokratie. (Reihe: Ökonomische Alphabetisierung) Bergkamen: Pad.
- Liebold, S. (2013): Erfolgsrezept der Demokratie – Freiheit im Verfassungsstaat. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, Nr. 3, S. 459-462.

- Salomon, David (2012): Demokratie. Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie. Köln: PapyRossa.
- Schiele, S. (2013): Demokratie in Gefahr? Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Welzer, H. (2013): Selbstdenken – Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt/M.: Fischer.

### **Über den Autor**

*Ulrich Irion, geb. 1954, promovierte in Philosophie und lebt als Publizist in Köln.*

**Kontakt:**

*Uirion@aol.com*